

Privatisierung der Politik

Soziale Versorgung abseits der Logiken von Markt und Staat

Inhalt:

1. Einleitung
2. Der Sozialstaat
3. Privatisierung ist nicht gleich Privatisierung
4. Hannah Arendt, Lateinamerika und die Privatisierung der Politik
5. Literaturverzeichnis

1. Einleitung

Dieses Paper beschäftigt sich mit der Frage nach Möglichkeiten der sozialen Versorgung abseits der großen Pole von Markt und Staat. Dabei behandeln wir vor allem allgemeine Tendenzen der Entwicklung politischer Theorien, wollen uns aber auch mit realpolitischen Aspekten befassen. Da wir (die AutorInnen) selbst in der Sozialdemokratie aktiv sind und uns in diesem politischen Spektrum beheimatet fühlen, betrachten wir die Thematik verstärkt aus sozialdemokratischer Perspektive und wollen dabei vor allem eine Diskussionsgrundlage für sozialdemokratische Ideologie und Politik aber auch allgemein für progressive Debatten liefern. Ebenfalls ist die Wortwahl teilweise bewusst provokant gewählt und der Text in einer „scharfen“ Sprache verfasst. Dieser Beitrag stellt keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit und lässt sich als Input für weitere Debatten verstehen. Das Paper enthält vor allem eigene Gedanken, die nicht empirisch nachvollzogen, sondern ad hoc entwickelt wurden.

Der Begriff soziale Versorgung ist nach unserer Vorstellung breit gefasst und beinhaltet weite Felder von Politik und Gesellschaft. Materielle Aspekte, zum Beispiel eine gewisse Grundversorgung, wie beispielsweise die Sicherstellung physischen Überlebens sind ebenso in dem Begriff enthalten, wie andere Aspekte, z.B. soziale Partizipation und individuelle Entfaltung. Dabei dürfen Selbstverwirklichung und individuelle Freiheit niemals so verstanden werden, dass sie die persönliche Freiheit und Lebensqualität, anderer beeinträchtigen. So beinhaltet soziale Versorgung auch den Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung. Soziale Versorgung stiftet Nutzen für den Einzelnen, gleichzeitig kann das Individuum alleine nicht für die gesamte Versorgung aufkommen. Die Ansprüche und Möglichkeiten sozialer Versorgung sind dabei veränderlich und unterliegen einem kontinuierlichen Wandel. So schafft beispielsweise der technische Fortschritt neue Möglichkeiten der Individuellen Entfaltung (neue Medien). Ein höherer allgemeiner Lebensstandard schafft höhere Anforderungen der Menschen an soziale Versorgung.

Die österreichische Sozialdemokratie verfolgt dabei ein traditionell paternalistisches Konzept der sozialen Versorgung, das sich vor allem auf materielle Aspekte konzentriert, jedoch Aspekte der individuellen Partizipation und Eigenverantwortung vernachlässigt. Unter Eigenverantwortung ist hier jedoch nicht jenes „Jeder-seines-Glückes-Schmied“ des 3. Wegs (Blair, Schröder, ua.) zu verstehen, sondern das bewusste politische Sein des Individuums. Andererseits sind in der Geschichte der Sozialdemokratischen Bewegung (besonders in Österreich) durchaus alternative Konzepte erkennbar, wie die frühe Einrichtung von Arbeitervereinen, Genossenschaften, Interessensvertretungen et cetera, die den Anspruch der Selbstorganisation der verschiedenen Lebensbereiche widerspiegeln.

Für die Debatte um die soziale Versorgung können dabei auch „exotische“ Beispiele für Partizipation und Emanzipation gefunden werden, wie zum Beispiel in Bolivien oder Venezuela, die im Rahmen dieses Papers erörtert werden sollen.

2. Der Sozialstaat

Der Charakter der Staatlichkeit als systematisches Gefüge von Hierarchien und Ordnung hat dabei immer auch den Charakter einer gewissen Versorgung, die bereits im Lehnsystem des

Feudalismus bestanden. Herrschaft begründet sich dabei fast immer auf einer Logik der Macht und einer Logik der sozialen Versorgung. Die Wichtigkeit der Versorgung durch staatliche oder staatsnahe Institutionen ist dabei zu betonen. So waren gegen Ende des Spätmittelalters 10-20% der deutschen Stadtbevölkerung von den Fürsorge Einrichtungen der Kirchen aber auch des Adels abhängig (Vgl. Ritter 1991, S. 31). Die Versorgung basierte dabei immer auf einem direkten System der Herrschaft und der Macht. Die Untertanen sollten dabei an die Herrschaft des Klerus und der Adeligen gebunden werden. Versorgung passierte im Kontext der Unmündigkeit, aber auch der Akzeptanz von Armut und Ausgrenzung. Die Armen sollten versorgt werden, jedoch wurde ihnen nicht gestattet, sich selbst aus der Armut befreien, geschweige denn die Ursachen der Armut (z.B. Landkonzentration in den Händen des Adels und des Klerus) verändert. Martin Luther, als einer der wichtigsten religiösen Ideengeber der Geschichte urteilte über die Versorgung der Armen:

„Es is gnug, das zimlich die armen vorsorgt, da bey sie nit hunger sterben, noch erfrieren. Es fugt sich nit einer am anderen erbeit mussig ginge“

Aus: Ritter (1991), S. 37

Das System des Feudalismus war dabei gekennzeichnet durch seinen Charakter als wechselseitiges Gebilde. Einerseits bestanden die Pflichten des Einzelnen der Ordnung zu dienen und diese aufrecht zu erhalten (z.B. Wehrpflicht, Verbot religiöser Häresie), zeitgleich hatte das Individuum gegenüber gewissen gesellschaftlichen Institutionen nicht nur Rechte sondern auch Pflichten. So zum Beispiel die Pflicht der Nahrung von Pilgern durch die Klöster oder auch die Nutzung der Gemeingüter („Allemende“). Wie jedes soziale System, geriet auch der Feudalismus in einen sozialen Transformationsprozess. Mit dem Aufkommen des Kapitalismus wurden viele der bestehenden sozialen Verhältnisse nachhaltig verändert.

Soziale Beziehungen, die Schutz und Versorgung ermöglichten aber auch Gehorsam und Unterwürfigkeit verlangen, verschwanden. So brach zum Beispiel in Folge der französischen Revolution in Frankreich das bisherige System der Armenfürsorge zusammen, das bis dahin vor allem durch den Klerus getragen wurde. Bedingt wurde dies durch eine Politik des „laissez faire“. 1834 wurden die Armengesetze Englands geändert, die Zuschüsse für den Broterwerb gekürzt, Arbeitshäuser für die Arbeitslosen eingerichtet und Bedürftige zur Arbeit in diesen Häusern gezwungen. Die Menschen sollten diszipliniert werden, einen Zugang zu der „neuen“ Zeit des Kapitalismus zu erlangen. Karl Marx beschreibt diesen Prozess des sozialen Untergangs der alten Ordnung und der teilweise blutünstigen Anpassung an die neuen Zeiten im 24. Kapitel des *Kapitals* als die ursprüngliche Akkumulation:

„Wenn das Geld, nach Augier, 'mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt' so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend“

Aus: Marx (2002), S. 672

Einhergehend mit dem wirtschaftlichen Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus kam es auch zu einem politischen Aufbegehren verschiedener sozialer Akteure gegenüber der Dominanz der alten Mächte des Klerus und des Adels. Das Zentrum der neuen wirtschaftlichen Entwicklungen – die BürgerInnen – verlangten nach dem ihnen zustehenden Platz in der Sphäre der Politik. Damit verbunden waren auch die Forderungen nach der bürgerlichen Demokratie, nach einem System, in dem die neuen vermögenden Schichten auch bestimmen konnten. Spätestens mit dem Jahr 1848 wurde in Europa klar, dass die Zeit der absolutistischen Staatsformen, die Machtbündnisse zwischen Bürokratie-Klerus und Adel nicht länger alleine den Anspruch auf die gesellschaftliche Führung stellen konnten.

Verbunden mit dem Aufstieg des Bürgertums war eine massive Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse. Die alte soziale Struktur wurde zunehmend zersetzt und durch einen institutionell-revolutionären Prozess aufgelöst. Dieser Prozess der Auflösung wurde später unter dem Phänomen der „industriellen Revolution“ zusammengefasst. Viele Liberale fanden in diesem Prozess der kreativen Zerstörung der alten Strukturen ihr ideologisches „Mekka“. Eine Zeit, in der

die „wahren“ Werte des Kapitalismus Geltung gehabt hätten, wie Eigenverantwortung, Risikobereitschaft und Unternehmertum. Verbunden war diese „Revolution“ mit massiven sozialen Verwerfungen, die in vielen Bevölkerungsteilen zu massiver Armut und Not führten. Dies war dabei keineswegs ein neuer Zustand, jedoch hatten alte Verpflichtungen und Rechte keine Gültigkeit mehr. Marx spricht in diesem Kontext vom doppelt freien Lohnarbeiter, frei von Besitz, aber auch frei von direkter Unterdrückung, jedoch unterjocht von der anonymen Kraft des Marktes, die schicksalsgleich über die Zukunft der Menschen entscheidet. Diese Prozesse dienten dabei als eine gewisse Form des „Lernprozesses“, in dem sich neue soziale Beziehungen einspielten.

Mit diesem „Lernprozess“ war die Einsicht verbunden, das neue System gegen das Aufbegehren der neuen sozialen Unterschicht abzusichern. Zeitgleich formte sich aber auch bei den Subalternen ein Bedürfnis nach der Artikulation eigener Wünsche und Anliegen. Die Arbeiterbewegung etablierte sich als die Bewegung jener, die von den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und teilweise auf ökonomisch schwachen Beinen standen. Dieser Prozess der Herausbildung einer sozialen Bewegung war auch wie die Entwicklung des Kapitalismus eine Geschichte, in der viele Kapitel mit Blut geschrieben wurden. Ein Kampf darum, wie die Ressourcen einer Gesellschaft verteilt sein sollten, wer die Chance und Möglichkeiten der freien und gerechten Entfaltung haben sollte. Dabei gab es unterschiedliche Ansprüche an die gewünschte Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse, vom einfachen Wahlrecht (z.B. Forderung vieler Liberaler) über Streik und Koalitionsrecht (z.B. Chartisten im Vereinigten Königreich) oder die vollständige gesellschaftliche Transformation (z.B. Anarchisten). Produkt und Akteur dieses Strebens nach gesellschaftlichen Verbesserungen waren Akteure wie Parteien, Verbände, Gewerkschaften und Genossenschaften.

Der Kampf um gesellschaftliche Autonomie wurde dabei auch durchaus auch innerhalb der neuen Organisationen der Arbeiterbewegung geführt. So kämpften zum Beispiel Arbeiterinnen gegen das teilweise repressive geistige Klima in der Gesellschaft als auch in den eigenen Organisationen. Mit der Formierung einer gesellschaftlichen Opposition wurden auch die gesellschaftlichen Entscheidungsträger unter Druck gesetzt. Strategie hierbei war oft eine Kombination aus Zuckerbrot und Peitsche. Soziale Reformen auf der einen Seite standen Unterdrückung und staatlicher Autorität auf der anderen Seite gegenüber. In diesem Kontext entwickelte sich der moderne „Sozialstaat“. Als Modell der sozialen Versorgung, das weder an den realen Machtverhältnissen noch an der Eigentümerstruktur des gesellschaftlichen Wohlstandes etwas ändert, jedoch soziale Risiken minimiert und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Partizipation ermöglicht. Der deutsche Reichskanzler Bismarck schaffte es, das bürgerliche Konzept des fürsorglichen Staates zusammen zu fassen:

„Mein Gedanke war, die arbeitenden Klassen zu gewinnen, oder soll ich sagen zu bestechen, den Staat als soziale Einrichtung anzusehen, die ihretwegen besteht und für ihr Wohl sorgen möchte“
Quelle: Bismarck, Wikipedia

Zeitgleich entdeckte auch die politische Arbeiterbewegung den Staat als Möglichkeit, gesellschaftliche Missverhältnisse auszuräumen. So zum Beispiel Ferdinand Lassalle, einer der wichtigsten Anführer der frühen Arbeiterbewegung; Er sieht im Staat die Möglichkeit einer Institution, die die gesellschaftliche Führung übernimmt und als Wegbereiter der Gesellschaft fungiert. Hierzu muss eine Maschinerie geschaffen werden, die diese Steuerung ermöglicht. In der Bürokratie wird diese soziale Kraft gefunden. War die Bürokratie eher für die reine Organisation des Staatsapparates zuständig, wie zum Beispiel für die Eintreibung von Steuern, so erlangte sie durch die „Sozialisierung“ des Staates eine beachtliche Rolle in der Dynamik der sozialen Versorgung. Die Bürokratie stellt dabei einen eigenen politischen Machtfaktor dar, da ihre Aufgabe in der Ausführung von Anforderungen liegt. Sie stellt somit ein Bindeglied zwischen der politischen Elite und den „BürgerInnen“ dar, das teilweise zentral für staatliche Entwicklung ist.

Die prinzipielle Ablehnung des Staates als Form der Unterdrückung wich dabei immer mehr aus der ArbeiterInnenbewegung. Hatten noch Marx und Engels von der Überwindung des Staates

geträumt, ihn zu einem antiquierten Objekt im Museum der Geschichte erklärt, so dominierte vielfach eine „soziale“ Realpolitik, ein Arrangement der Akteure der ArbeiterInnenbewegung mit den herrschenden politischen Eliten. Zeitgleich wurden dadurch Zonen der Sicherheit innerhalb der gesellschaftlichen Unsicherheit geschaffen, von denen breite Bevölkerungsteile profitierten. Ganz im Geiste Lassalles bildete sich auch in der „Linken“ ein starker Hang zu paternalistischen Ideen. Diese Geisteshaltung fand spätestens mit dem „demokratischen Zentralismus“ Lenins seinen Höhepunkt, als mit der Verkündung des Avantgardeprinzips sämtliche Möglichkeiten der Emanzipation und Selbstorganisation geraubt wurden. Dem „mythologischen“ Konstrukt der Partei wurden dabei sämtliche Möglichkeiten eingeräumt, während sie den Individuen genommen wurden.

Louis Fürnberg besang dies in seinem Lied der Partei, das eigentlich als Loblied komponiert, doch eher den Eindruck Persiflage vermittelt:

„Sie hat uns alles gegeben.
Sonne und Wind und sie geizte nie.
Wo sie war, war das Leben.
Was wir sind, sind wir durch sie.“
Louis Fürnberg: Lied der Partei, 1949

Dass die SED dieses Lied jahrelang als Parteihymne nutzte zeigt ihre übersteigerten Glauben an die eigene Rolle der gesellschaftlichen Avantgarde. Die Sozialdemokratie zeigt allerdings ähnliche Tendenzen, obwohl sie ursprünglich als revolutionäre Kraft geformt wurde, jedoch immer mehr zur reformistischen Vereinigung „verkam“. Deutlich wird dies vor allem an Lassalles Konzeption des „Volksstaates“.

Untermauert wurde dies von vielen intellektuellen Beiträgen, wie dem Gesetz der wachsenden Staatstätigkeit von Adolph Wagner, das im gewissen Sinne eine Steigerung der staatlichen Tätigkeit bis zu jener gesellschaftlichen Führungsrolle bedeutete, die Lassalle vor Augen hatte.

Der Kampf um die soziale Reform war dabei meist verbunden mit dem Anspruch auf das allgemeine Wahlrecht und die Etablierung bürgerlicher Demokratien. Innerhalb dieser bürgerlichen Sphären bewegten sich dann auch die meisten Akteure der Arbeiterbewegung. Besonders die Sozialdemokratie vollbrachte einen bemerkenswerten Spagat zwischen sozialistischen „Sonntagsreden“ und sozialreformistischer Realpolitik. Jedoch war auch die Sozialdemokratie von einem gesellschaftlichen Führungsanspruch beseelt, der teilweise autoritäre und bevormundende Züge enthielt. Die Emanzipation der ArbeiterInnenklasse wurde als ein Projekt verstanden, das nur durch die Partei und ihre Institution vollführt werden könnte. Der Kampf um die gesellschaftliche Macht wurde dabei zunehmend als Kampf um die Macht im Staate verstanden. Dabei bestand durchaus breite Skepsis in vielen Kreisen der ArbeiterInnenbewegung, wie die staatlichen Sozialmaßnahmen zu bewerten seien. So hegten zum Beispiel die sozialdemokratischen deutschen Gewerkschaften ein tiefes Misstrauen, gegenüber den staatlichen Institutionen der Bismarck Zeit. Jedoch lässt sich eine Einordnung großer Teile der politischen Linken in den Kontext der „Staatsgläubigkeit“ erkennen, besonders in der deutschen Sozialdemokratie war dieses Bekenntnis mit ihrem stark ausgeprägten „rechten“, reformistischen Flügel (z.B. Bernstein), die Sozialreformen als pragmatische Lösung der sozialen Frage ansahen. Andere Parteien der ArbeiterInnenbewegung, wie zum Beispiel die englische Labour Party, oder die schwedische Sozialdemokratie, hatten noch nie so recht an die soziale Transformation durch Revolution geglaubt, noch weniger diese in ihrer Realpolitik gelebt (Vgl. Bernstein 2008, S. 69-79).

Die historische Entwicklung des „Sozialstaates“ lässt sich dabei als einen gesellschaftlichen Kompromiss bezeichnen, einerseits zwischen sozialen Akteuren, andererseits zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Widersprüchliche Faktoren, wie Kapital und Arbeit sollten in geregelte Bahnen umgelenkt werden, die „Partnerschaft“ zum Wohle der „Gesamtökonomie“ betont. Zeitgleich wurden die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Transformation zunehmend aus der politischen Agenda eliminiert. Mit dem Terminus des Sozialstaates wurde erstmals der Anspruch einer

staatlichen Körperschaft und Politik geschaffen, die durch „Partizipation“ gekennzeichnet ist. Mit dem Anspruch des Sozialstaats wird die Staatlichkeit in das soziale Gefüge eingebunden, die Staatlichkeit wird „sozialisiert“. Funktionen, wie die Versorgung von Kranken oder Pflegebedürftigen wird zur öffentlichen Aufgabe. Bis dahin größtenteils familiär oder auf der Basis von Spenden erbrachte Leistungen werden verstaatlicht.

Jedoch besteht der Kontext der bürokratischen Dominanz weiterhin, die Bürokratie stellt die ausführende soziale Kraft der staatlichen Sozialpolitik dar. Sie ist dabei aber immer mehr als nur ein Intermediär zwischen der politischen und der sozialen Sphäre, vielmehr stellt sie einen eigenen Machtfaktor dar. Dies soll keine unreflektierte Attacke gegen die BeamtInnenenschaft darstellen, sondern besonders darauf hinweisen, dass in jeder größeren sozialen Organisation die „vermittelnde“ Zwischenebene eine relativ autonome Rolle bekommt. Neben dieser Autonomie der Bürokratie bedeutet eine soziale Versorgung in einem physischen Sinne nicht immer eine Sozialpolitik, die auch Aspekte wie Partizipation und Emanzipation betrachtet. So werden durch staatliche Politik oft gesellschaftliche Vorurteile und Diskriminierung ausgelebt. So zum Beispiel Vorurteile gegenüber Behinderten, die teilweise im „Volkshem Paradies“ Schwedens zwangssterilisiert wurden¹. Argumentation dafür war z.B. „sozial abweichend oder „rassisch minderwertig“. Sozialstaatliche Versorgung geht oft mit der Schaffung von Randzonen einher. In diesen Randzonen leiden die Betroffenen einerseits durch die gesellschaftliche Ausgrenzung, andererseits durch staatlich-juristische Diskriminierung.

Eine der zentralen Begrifflichkeiten des Sozialstaates ist dabei die Konstruktion des sozialen Friedens. Dieser Begriff weckt dabei das Bild einer harmonischen Gesellschaft, die mit sich selbst im Einklang steht. Die Motivation der Ermöglichung und Erhaltung des sozialen Friedens ist dabei eine Möglichkeit der sozialen Stabilisierung eines dynamischen Gebildes wie des Kapitalismus. Der soziale Frieden dient der Absicherung der bestehenden sozialen Verhältnisse (besonders der Besitzverhältnisse). Jenen, die um eine bessere soziale Versorgung kämpfen dient er der Erlangung von Zugeständnissen der politisch Mächtigen und Vermögenden. In der Konstruktion des „sozialen“ Friedens lässt sich eine indirekte Form eines „Sozialvertrages“ erkennen, zwischen den Privilegierten und jenen, die es nicht sind.

Verbunden mit dem Konzept des sozialen Friedens ist die Festschreibung von Besitz und Eigentumsverhältnissen. So zum Beispiel das ambivalente Verhältnis zwischen dem schwedischen Sozialstaat sozialdemokratischer Prägung und dem Industrie Imperium der Familie Wallenberg. Die Entwicklung Schwedens, vom bitterarmen Agrarstaat zur Industrienation, war dabei nur durch eine enge Kooperation zwischen sozialdemokratischer ArbeiterInnenbewegung und VertreterInnen des Kapitals möglich. Soziale Sicherheit gegen die Akzeptanz der realen Besitzverhältnisse in der ökonomischen Sphäre war dabei der soziale Kompromiss. Damit wurde bis zu einem gewissen Grad eine ideologische Trennlinie zwischen der „Wirtschaft“ und der „Politik“ geschaffen. Die Politik durfte dabei indirekt in wirtschaftliche Prozesse eingreifen (z.B. Arbeitsgesetzgebung), jedoch an den grundlegenden wirtschaftlichen Gegebenheiten nichts verändern. Dem schwedischen Banker und Industriellen Paul Wallenberg wird folgendes Zitat nachgesagt:

„Die Sozialdemokraten dürften den Wohlstandskuchen gerne verteilen, solange uns nicht vorgeschrieben wird, wie wir ihn backen sollen“².

So scheiterten die Pläne der sozialdemokratischen Gewerkschaften in Schweden bei der Etablierung neuer Formen der Wirtschaftsdemokratie. Die Pläne der beiden Ökonomen Hedborg u. Meidner hatten ein Modell der MitarbeiterInnenbeteiligungen vorgeschlagen, das über

1 <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/berichte-ueber--erbhygiene--schockieren-das-land---sterilisierung-behinderter-auch-in-anderen-laendern-schweden-liess-zehntausende-zwangssterilisieren,10810590,9326116.html>
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8777129.html>

2 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wallenberg-clan-mehr-sein-als-scheinen-1357017.html>

die minimale Gewinnbeteiligung – wie sie von vielen konservativen und liberalen Kräften vertreten wird – hinausgegangen wäre. Jedoch knickte die Sozialdemokratie im Bezug auf die Forderung nach teilweiser Änderung der Eigentumsverhältnisse ein, da besonders die erwähnten Wallenbergs ein Ende des Kooperatismus in Schweden androhten (Vgl. Felfe 2008, S. 51-58). Mit der Argumentation des sozialen Friedens wurden die Versuche einer Sozialisierung des Wirtschaftslebens somit verhindert, sowohl von UnternehmerInnen als auch der schwedischen Sozialdemokratie. Provokant kann im Anschluss an P. Wallenberg gesagt werden:

„Gebt dem Markt, was des Marktes ist und dem Staat, was des Staates ist.“

Dies beschreibt bis zu einem gewissen Grad die Entwicklung des modernen Sozialstaates zu seiner Hochblüte. Soziale Reformen erweiterten die soziale Versorgung weiter Teile der Bevölkerung, zeitgleich blieben jedoch die grundlegenden Unsicherheiten moderner Ökonomien wie zum Beispiel Arbeitslosigkeit weiterhin bestehen. Jedoch wurde dies im Kontext der Vollbeschäftigung immer mehr zu einem Thema von Randgruppen (z.B. ethnischen Minderheiten, Migranten), da es gelang breite Schichten aus dem Problemkreis von Armut und Arbeitslosigkeit zu befreien. Problematisch ist hierbei, dass sich breite Vorurteile über jene bildeten, die von dem sozialen Netz nicht aufgefangen wurden (z.B. Drogenkranke, etc.). „Wer nicht arbeitet, der will nicht arbeiten“ ist ein gängiges Vorurteil, das sich aus dem Kontext der „Vollbeschäftigung“ entwickelt. Dies soll nicht als Kritik an einer Vollbeschäftigungspolitik verstanden werden, sondern zeigt die Probleme der sozialen Versorgung durch den Sozialstaat auf.

Die Zonen, in denen die Menschen keine Absicherung, sondern vielmehr Schikane von staatlicher Seite erleiden müssen, sind im Wachsen. Waren in der fordistischen Blüte des modernen Sozialstaates soziale Gruppen „an den Rand gedrängt“, die dies teilweise ausdrücklich wollten (z.B. New Age oder Hippie Bewegung), verlagert sich die Unsicherheit zunehmend in das Zentrum der Gesellschaft. Dies geht einher mit dem bewussten Abbau der sozialen Sicherheit, die die sozialstaatlichen Sicherungssysteme gewährten. Verschleiert wurde dieser Verlust an sozialer Sicherheit und sozialer Versorgung durch politische Phrasen, wie dem „aktivierenden“ Staat. Die Unsicherheit der gesellschaftlichen Entwicklung wird dabei auf die Individuen übertragen, die soziale Sicherheit zerstört. Dabei handelt es aber nicht um einen Prozess der „kreativen Zerstörung“ nach Schumpeter, der die Frage formulierte, ob der moderne Sozialstaat durch ein Grundeinkommen ersetzt werden könnte und der in der Zerstörung einen Akt der Kreativität und Schöpfung sah, sondern vielmehr eine Prekarisierung, wie sie im marxistischen Begriff der Industriellen Reserve Armee zusammengefasst werden kann.

Dieser Prozess der sozialen Exklusion wird dabei durch den Aufbau einer Hegemonie der Medien unterstützt, die soziale Verhältnisse, die eigentlich erschüttern und berühren sollten, in ein mediales Spektakel im Sinne von „Brot und Spiele“ verwandeln. Medial werden die „asozialen“ Verlierer präsentiert, damit sich andere wiederum als „Gewinner“ fühlen können. Von einer sozialen Aufklärung, im Sinne einer bewussten Beleuchtung der Lebensumstände von exkludierten und an den Rand gedrängten Personen kann hierbei nicht gesprochen werden. Vielmehr wird die mediale Inszenierung der Ausgestoßenen immer perfider, die gesellschaftlichen Verhältnisse fransen dabei zunehmend aus.

Zeitgleich scheinen auch viele progressive Akteure in politischen Phrasen gefangen zu sein, die jedoch schon lange keinen realen Bezug mehr zu scheinen haben. Appelle der Eigenverantwortung, wie ihn zum Beispiel der ideologische Vater des Dritten Weges der Sozialdemokratie Anthony Giddens an die Bevölkerung der modernen Sozialstaaten richtete, scheinen heute wie eine direkte Verhöhnung angesichts der verbreiteten Massenarbeitslosigkeit in ganz Europa. (Vgl. Eurostat 2012, Arbeitslosenzahlen in Europa) Zeitgleich gibt es noch immer VertreterInnen „progressiver“ Politik, die genau diese Appelle an die Bevölkerung richten. So zum Beispiel preist der SPD Vorsitzende Gabriel die Absenkung der Rentenniveaus, der vermutliche SPD Kanzlerkandidat Steinmeier, sieht kein Problem mit der Altersversorgung, der durch die Hartz

Reformen in den Niedriglohnsektor gezwungenen ArbeitnehmerInnen³. Zeitgleich sollen nach Meinung vieler SPD Granden private Betriebspensionen stärker gefördert werden.

Das Versprechen, das Theoretiker wie Giddens, aber auch Praktiker wie Schröder oder Blair abgaben, dass der Sozialstaat von seinen paternalistischen Elementen getrennt werden würde, bedeutete vielfach einfach den Abbau sozialer Versorgung. Vielmehr wurden Systeme so umgebaut, dass autoritäre Beziehungen zunahm und keineswegs abgebaut wurden. So zum Beispiel die strengeren Sanktionierungsmechanismen gegenüber Arbeitslosen, die durch die Hartz Gesetze in Deutschland implementiert wurden. Einerseits wurde das Maß der sozialen Sicherheit und Versorgung verringert, andererseits wurde die Macht der Arbeitsbehörden über die jeweiligen Arbeitslosen ausgebaut. Giddens sprach in seiner Vision viel von neuen Formen der Demokratie, die „radikale“ Demokratie war eines seiner oft benutzten Wörter. Mit dem Abbau der Bürokratie sollte auch eine Demokratisierung einhergehen. Diese Demokratisierung sollte auf der Eigenverantwortung der BürgerInnen basieren, so zum Beispiel durch die Einrichtung einer NGO oder einer gemeinnützigen Stiftung. Diese BürgerInnengesellschaft sollte eine verstärkte Partizipation an der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung ermöglichen. Diese Argumentation kann durchaus als teilweise richtig bezeichnet werden. Jedoch muss betont werden, dass ein Unterschied zwischen der sozialen Versorgung durch „Charity“ und der Organisation der sozialen Versorgung durch Organisationen von Ebenbürtigen besteht (z.B. Gesundheitsgenossenschaften). Es besteht jedoch ein markanter Unterschied, nämlich jener der Entscheidungsmacht. Was ist nun der Unterschied zwischen einem genossenschaftlich organisierten System der sozialen Versorgung und einem, von privater Gunst abhängigen System? Die realen Entscheidungsmöglichkeiten und die reale Entscheidungsmacht, jene Solidarität, die sich aus der Gleichheit der Akteure ergibt (Vgl. Giddens 2001, S. 96-117).

Daraus ergibt sich eine direkte Problematik der sozialstaatlichen Versorgung, nämlich dass die Verfügungsmacht über die Instrumente der sozialen Versorgung zunehmend verloren geht. Die sozialstaatlichen Politiken, haben eine bestimmte Richtung eingeschlagen, wie zum Beispiel die sogenannte „aktivierende“ Arbeitsmarktpolitik. Rational gesehen kann diese Politik als gescheitert angesehen werden, eine dauerhafte Senkung der Arbeitslosigkeit gelang nicht. Jedoch gelingt es der Politik nicht die staatliche Politik, die sich offenbar als fehlerhaft herausgestellt hat, zu ändern. Die realen Entscheidungsverhältnisse sind teilweise strukturell bedingt (z.B. Fehlen von verstaatlichter Industrie als Beschäftigungsmotor), aber andererseits auch, weil staatliche Akteure in einem hegemonialen Netz der Unmöglichkeit anderer Politik (z.B. Thatchers TINA) gefangen sind.

Diese Hegemonie ergibt sich dabei aus einem Kreislauf nach unten, aus Anforderungen wie der Globalisierung oder dem Standortwettbewerb, die aber zunehmend ihrem realen Charakter beraubt werden. Diese hegemoniale Entwicklung beschreibt dabei eine politisch-psychologische „Sperre“ im Kopf vieler PolitikerInnen und EntscheidungsträgerInnen. Dabei wird Politik zunehmend zu einem autoritären Projekt, so zum Beispiel der zunehmende Abbau demokratischer Beteiligung im Zuge der europäischen Krise. Diese autoritären Tendenzen bringen den Sozialstaat zunehmend unter Zugzwang. So kam es zum Beispiel in Krisenländern, wie Griechenland de facto zur Beendigung der sozialen Sicherung durch sozialstaatliche Sicherungssysteme. Gerechtfertigt wurde dies durch das Paradigma, dass keine Alternative zur derzeitigen Strategie der Krisenbekämpfung gebe, jedoch steigert sich dies zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung.

In diesem Beitrag wurde bis jetzt die sozialstaatliche Versorgung keineswegs in einem positiven Licht gezeichnet, jedoch muss dies als Beitrag zu einer progressiven Debatte um die soziale Versorgung betrachtet werden. Der Sozialstaat stellt eine historische Errungenschaft, die sich aus den historischen Anstrengungen der Arbeiterbewegung, aber auch der sozialen Einsichtsfähigkeit einiger Liberaler und Konservativer entwickelte. Diese Entwicklung ist dabei immer in einen

3 <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rentenreform-lob-und-tadel-fuer-gabriels-konzept-im-spd-vorstand-11885700.html>

nationalen Kontext eingebunden. So ist der Sozialstaat oft aus einer konservativen Gesinnung heraus geprägt worden (z.B. Adenauer/ De Gaulle). Zentrales Element ist dabei die Konstruktion des „Sozialen Friedens“ als Sicherstellung der sozialen Versorgung im Abtausch mit der Akzeptanz der gesellschaftlichen EigentümerInnenstruktur. Dabei besteht ein Widerspruch zwischen der Dynamik des Kapitalismus und den Ansprüchen der Bevölkerung.

Viele marxistische Theoretiker, wie zum Beispiel Lenin, sprachen von klaren Klasseninteressen in einer kapitalistischen Gesellschaft, die der Förderung des „Klassenwohls“ dienen. Dies stellt sich jedoch im Kontext der Dynamik des Kapitalismus als falsch heraus. So profitieren zum Beispiel die einzelnen Unternehmen von hoher Arbeitslosigkeit, da die ArbeitnehmerInnen weniger Lohn fordern werden. Auf einer Makroebene leiden sie jedoch unter einem Abfall der Nachfrage. Der Sozialstaat stellt den Versuch dar, gesellschaftliche Probleme des Kapitalismus zu lösen, die aber zu den Grundstrukturen des Kapitalismus gehören. Dass dieses System keineswegs krisensicher ist, ergibt sich von selbst. Der Charakter als historische Errungenschaft muss aber nochmals betont werden, soziale Sicherheit für viele wurde durch den Sozialstaat möglich. Betont werden muss auch der realpolitische Erfolg der Konzeption der sozialen Sicherheit, der zu großen Teilen der Sozialdemokratie und progressiven gesellschaftlichen Kräften, wie den Gewerkschaften zu verdanken ist. Zeitgleich muss aber in einer so widersprüchlichen und konflikträchtigen Gesellschaftsform, wie dem Kapitalismus auch die Konzeption, was sozialer Frieden eigentlich bedeutet, überdacht werden.

Zentrales Problem bei der Debatte um den Sozialstaat ist dabei die Entwicklung der Entscheidungs- und Verfügungsmacht. Nur weil ein bestimmtes System existiert, muss es keineswegs den Zielen dienen, für die es gegründet wurde. Die durch die sozialstaatlichen Systeme Versorgten besitzen dabei keinen direkten Einfluss auf die Entwicklung dieser Systeme. Die demokratischen Kontrollen sind indirekt angelegt, durch die Wahl der jeweiligen Regierung. Verfügungsmacht über die Prozesse der sozialen Sicherheit besteht dabei keine, auch wenn Ansprüche wie die „Kundenorientierung“ einen partizipativen, gleichwertigen Zugang vortäuschen. Die direkte Regulierungsebene, die Regierungen und Parlamente, sind in ihrer eigenen Logik gefangen. In diesem Prozess werden zunehmend größere Gruppen von der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung ausgeschlossen. Die soziale Partizipation, ein wichtiger Teil der sozialen Versorgung wird damit auch immer mehr zu einem Elitenprojekt. Die soziale Exklusion wird dabei teilweise durch die Elemente des Sozialstaates beschleunigt, so zum Beispiel durch den zentralen Stellenwert der Eigenverantwortung und der Bestrafung von „Unwilligen“ beispielsweise im Kontext der Hartz Reformen in Deutschland. Zeitgleich herrscht eine gewisse staatsbezogene Hegemonie innerhalb gesellschaftlicher Debatten vor. Treten soziale Probleme auf, wird die „starke“ Hand des Staates beschworen, um gesellschaftliche Probleme zu lösen. Besonders progressive Kräfte müssen sich jedoch Gedanken machen, ob diese Debattenkultur die richtige ist, um gesellschaftliche Probleme im heutigen Kontext zu lösen.

2. Privatisierung ist nicht gleich Privatisierung

Der Titel dieser Arbeit ist provokant gewählt, steht doch das Instrument der Privatisierung (sozialer Sicherungssysteme, staatlicher Unternehmen) meist im Gegensatz zu progressiver Politik. Jedoch stellte die Provokation immer schon ein legitimes Mittel der Debattenentwicklung dar. Die Forderung nach Privatisierung sozialer Leistungen und damit auch der sozialen Versorgung erwächst sich dabei bis zu einem gewissen Grad aus einer Problematik des modernen Sozialstaates. Einerseits sollen die öffentlichen Sicherungssysteme soziale Risiken abfedern und soziale Probleme lösen, andererseits profitieren andere gesellschaftliche Gruppen genau von diesen Problemen und Risiken. So zum Beispiel der Kreditboom in den USA: die stagnierenden Einkommen der amerikanischen Mittel und Unterschicht wurden durch einen Keynesianismus der privaten Verschuldung ausgeglichen. Dem sozialen Problem der stagnierenden Einkommen standen somit Nutznießer (z.B. Banken, Kreditinstitute) gegenüber. Dieser realpolitische Anspruch jener Gruppen, die von Privatisierung sozialer Leistungen profitierten, wurde dabei mit einem komplizierten Überbau aus philosophischen, politischen und ökonomischen Theorien versehen.

Dabei treten die verschiedensten Schattierungen dieser politischen Ansprüche zu Tage, einerseits Ordoliberalen (bzw. „Neoliberalen“), andererseits auch Neokonservative Kreise. So zum Beispiel der Ökonom und Philosoph Friedrich August von Hayek, der 1943 vor dem „Weg in die Knechtschaft“ durch jede Form der sozialen Sicherheit warnt. Oberste Begrifflichkeit ist dabei die Freiheit. Öffentliche Systeme der sozialen Versorgung seien immer mit Elementen des Zwanges versehen, dem Zwang Steuern zu bezahlen, dem Zwang sich an gesetzliche Bestimmungen zu halten etc... Diesem Zwang wird eine Konzeption der wirtschaftlichen Freiheit gegenüber gestellt, einer Freiheit, in der der Markt – als Allokationsmechanismus des Kapitalismus – umfassend befreit werden soll:

„Schritt für Schritt haben wir jene Freiheit der Wirtschaft aufgegeben, ohne die es persönliche und politische Freiheit niemals gegeben hat.“

Friedrich A. Hayek: „Weg in die Knechtschaft“ (1994), In: Robert Misik: Halbe Freiheit (2012)

Diese Befreiung bedeutet dabei die Zerstörung sozialer Regulierungsmechanismen, die teilweise auch zur Etablierung einer sozialen Institution, wie des Marktes, nötig sind. Das Bild, das hierbei immer gezeichnet wird, beschreibt stets besonders den partizipativen Charakter dieser Entwicklungen. Werden soziale Leistungen privatisiert, so werde dadurch ein Markt geschaffen, der allen Akteuren offen stehe. Wird zum Beispiel die staatliche Gesundheitsversorgung privatisiert, so könnten einerseits die Kranken von der gesteigerten Effizienz der privaten Anbieter profitieren, sowie andererseits die privaten Anteilseigner der neuen Gesellschaft. Im Zentrum dieser Betrachtung stehen dabei die freien und souveränen KundInnen, die als Gegenpol den privaten Unternehmen gegenüber stehen. Eine Illusion der Partizipation und Emanzipation entsteht: Alle können kaufen und verkaufen, abseits jeder Diskriminierung von Geschlecht, Hautfarbe, sexueller Einstellung etc... Jedoch besteht weiterhin die größte Form der Diskriminierung, die ungleiche Verteilung der Zugangsmöglichkeiten (Geld).

Der Freiheitsbegriff ist dabei aber stets nur sehr eng gefasst, denn die Konservativen und Neoliberalen erheben Freiheit zu einem Begriff an sich. Jedoch ergibt sich der Moment der Freiheit erst wiederum in einem sozialen Umfeld, wo wiederum Mechanismen der sozialen Regulierung gelten. Der Freiheitsbegriff ist somit stark verzogen, es geht mehr um eine philosophische Untermauerung realpolitischer Ansprüche und Ziele. Dabei wird eine Wirklichkeit des Marktes konstruiert, der aus sich selbst heraus existiert und sich quasi aus dem sozialen Regulativ entkoppelt hat. Zentrale Ebene dieses sozialen Prozesses ist dabei das Individuum, das als Hauptakteur gesellschaftlicher Interaktion angesehen wird. Besonders radikal präsentierte dies die britische Premierministerin Margaret Thatcher als sie davon sprach, dass es so etwas wie Gesellschaft nicht gebe, sondern nur einzelne Individuen. Damit steht das direkte Prinzip der Eigenverantwortung im zentralen Mittelpunkt der Debatte um soziale Versorgung im Neoliberalismus bzw. Konservatismus.

„Jede(r) ist seines/ihres Glückes Schmied“ lautet die einfache aber brachiale Devise der neoliberalen Vision. Damit erübrigen sich auch die Debatten um die direkte Ermöglichung gesellschaftlicher Chancen, denn das Individuum besitzt ja die Eigenschaften, um diese nutzen zu können. Damit fällt diese politische Vision weit hinter jene Erkenntnisse von Adam Smith und John Stuart Mill zurück, die bereits einsahen, dass es soziale Förderung (z.B. Schulpflicht) braucht um gesellschaftliche Chancen zu ermöglichen. Die Idee die Gesellschaft als eine Art Spiel anzusehen, in der alle mit der selben Ausstattung beginnen und sich daher alle Ergebnisse als gerecht bezeichnen lassen, zeigt den stark infantilen Charakter der Neoliberalen und Neokonservativen.

Die beschworene Eigenverantwortung ist dabei jedoch kein Attribut, das nur der politischen und ökonomischen Rechten innewohnt, sondern auf dem auch Progressive Traditionen wie der Sozialliberalismus aufbauen. Dem Individuum selbst wohnt dabei ein politischer und sozialer Moment inne, indem es einerseits durch seine Umgebung geformt wird, aber andererseits diese auch zeitgleich formt. Eine der zentralen Forderung progressiver Kräfte war immer die Emanzipation von der gesellschaftlichen Unterdrückung. Es handelt sich dabei um einen der

zentralen Forderungspunkte der politischen Agenda. Diese Emanzipation stellte sich dabei in den verschiedensten Formen dar: Von der Reduzierung der Arbeitszeit („Acht Stunden wollen wir Menschen sein“), der Zurückdrängung patriarchaler Strukturen (z.B. J. Dohnal: „Was gehen mich seine Knöpfe an?“) oder dem Ende der sozialen Diskriminierung gegen Homosexuelle. Der Beginn der ArbeiterInnenbewegung beispielsweise stellt einen bewussten Akt der Empörung über die bestehenden gesellschaftlichen Missstände dar, jedoch sollte nicht an die Herrschenden appelliert werden, die Dinge zu verändern, vielmehr wurden diese Veränderung gezielt eingefordert. Erst durch das politische Bewusstsein für die eigene Lage und dem Willen der Veränderung kam es zur Etablierung einer neuen sozialen Bewegung. Die Eigenverantwortung stellt sich somit auch als durchaus progressives Attribut dar.

Die Emanzipation ist dabei immer auch eine Form der Eigenverantwortung, die eigene Lage nicht mehr akzeptieren zu wollen oder gesellschaftliche Missstände nicht durch eigene Handlung reproduzieren zu wollen. So könnten linke Kreise durchaus an der verbreiteten Bürokratiekritik der Neoliberalen und Neokonservativen gefallen finden, da die Bürokratie doch gewisse Elemente des Paternalismus in sich trägt. Was jedoch die rechten Visionäre verschweigen ist, dass ihnen keineswegs ein Abbau oder Umbau der Bürokratie vor Augen schwebt, sondern simpel eine Übertragung der Eigentumsverhältnisse. Staatliche Bürokratie wird somit einfach durch private Bürokratien ersetzt. Das Problem der Verbindung zwischen neoliberalen, neokonservativen Ideen und prinzipiell progressiven Prinzipien wurde am Beispiel des dritten Wegs (der neuen Mitte) vorexerziert.

Die Eigenverantwortung ist dabei ein Ausdruck der Freiheit des einzelnen Individuums. Progressive Eigenverantwortung bedeutet bewusstes politisches Sein und eigene Verantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen in einem Kontext einer Freiheit, die für sich und nicht an sich ist. Dies bedeutet, dass Eigenverantwortung nur dann gelten kann, wenn das einzelne Individuum in einen Kontext der sozialen Sicherheit eingebunden ist. Eigenverantwortung bedeutet dabei auch die Verfügungsmacht über die eigene Entwicklung. Ein rechter Visionär würde hier wiederum von einem Begriff an sich sprechen, denn egal in welchem Kontext: das Subjekt ist für sich selbst verantwortlich. Jedoch bedeutet dies nicht, dass der/die Einzelne auch über die Verfügungsmacht über die Institutionen ihres Lebens verfügen. Jedoch ist genau dies der entscheidende Punkt: Eigenverantwortung ohne Freiheit ist eine Verzerrung des Attributes, jedoch ergibt sich die Freiheit als ein Begriff der die Unabhängigkeit von sozialen Missständen beschreibt. Die politische und akademische Rechte entwickelt dabei ein Verständnis der Eigenverantwortung, das eine vollständige Auflösung aller sozialer Verhältnisse impliziert. Zentraler Aspekt eines „progressiven“ Begriffs von Eigenverantwortung ist, dass die Eigenverantwortung dabei der Gleichheit der Verantwortung und Entscheidungsmöglichkeit aller Menschen als Grundvoraussetzung unterliegt. Bis dahin kann die Verantwortung für das eigene Leben nur immer im Kontext des Kampfes um die soziale Emanzipation verstanden werden. Bis zur Gleichheit der Gleichen kann nur von einer verzerrten Möglichkeit der Eigenverantwortung gesprochen werden.

3. Hannah Arendt, Lateinamerika und die Privatisierung der Politik

Der Titel des letzten Kapitels war die prinzipielle Aussage, dass Privatisierung nicht gleich Privatisierung sei. Es enthielt prinzipielle Überlegungen über die Verfügungsmacht über sozialstaatliche Organe und Strukturen. Das Konzept der Verfügungsmacht ist dabei für progressive Kräfte äußerst wichtig, denn nur dadurch lassen sich realpolitische Instrumente überprüfen und bewerten. Das Konzept der Verfügung ist dabei, besonders im Kontext der sozialen Bewegungen in Lateinamerika als wichtiger Bestandteil in die politische Debatte integriert worden. So zeigt sich zum Beispiel im Kontext der europäischen Krise, dass zwar die Regierungen formal die Funktion der gesellschaftlichen Führung innehaben, jedoch die realen Entscheidungsfindungsprozesse in einem ganz anderen Kontext stattfinden (z.B. Ratingagenturen). Die Eroberung der Entscheidungsmacht ist dabei ein wichtiges Ziel progressiver Politik. Nicht umsonst versprachen sozialdemokratische Führungspersonlichkeiten wie Brandt, Kreisky oder Palme die Demokratisierung aller Lebensbereiche. In diesem Kontext stellt sich aber

auch die Frage der subjektiven Eigenverantwortung, die als Basis der Entscheidungsfindung des einzelnen Individuums gesehen werden muss.

Die sozialstaatlichen Strukturen stecken in einer direkten Krise fest, einerseits manifestieren sich die Grundwidersprüche des Kapitalismus in Bezug auf die soziale Versorgung („Natürliche Arbeitslosigkeit“), andererseits wirken hegemoniale Prozesse, die systematisch die Basis der sozialen Versorgung abgraben. Progressive Kräfte stehen dem Abbau des Sozialstaats relativ ideenlos gegenüber, provokant könnte vom Konservativen Charakter progressiver Kräfte gesprochen werden. Mehr als eine reflexartige Verteidigung des Sozialstaats haben progressive Kräfte im Moment nicht anzubieten, dabei war es doch die Linke, die sich durch eine inhaltliche Breite vom Sozialliberalismus bis zum Kommunismus auszeichnete. Dieses geistige Rückzugsgefecht ist dabei gekennzeichnet von einem staatsbezogenen Denken, das keine Alternative zu den bisher eingeschlagenen Wegen kennt. Dazu der marxistische Philosoph Max Adler am Linzer Parteitag der SDAP 1926:

„Es geht nicht nur um den Kampf um die Staatsmacht [...] Es geht darum der Menschheit zu zeigen, das mehr möglich ist, mehr als ein Staat, erinnern wir uns an die große Humanität des kommunistischen Idee Marxs“

O. Janssen (1927): „Der Kampf um die Staatsmacht - Was lehrt uns Linz“, S. 53/54

Andere Wege schlugen viele der sozialen Bewegungen in Lateinamerika ein, denen es weder gelang die Staatsmacht zu erobern, noch einen Konsens über die soziale Sicherheit in staatlicher Form zu gewinnen. So zeigt sich teilweise die schlichte Ablehnung der staatlichen Verhältnisse (so zum Beispiel aus dem „anarchistischen“ Background vieler Stadtguerilla). Zentrales Element vieler sozialer Bewegungen in Südamerika ist dabei die konkrete Aktion, die fast immer auf einen bestimmten Tatbestand aufbaut. So zum Beispiel die Zapatisten in der mexikanischen Provinz Chiapas, eine ehemalige Guerilla Truppe, die sich selbst zu einer sozialen Bewegung gegen die Unterdrückung der Indigenen aber auch gegen Auswirkungen des Neoliberalismus auf die ländliche Bevölkerung Mexikos entwickelte.

Wichtiger Bestandteil der Bewegung ist dabei deren basisdemokratisches Element, das sich aus der Sicherheit der Solidarität der Einzelnen ergibt. Der irische Politikwissenschaftler John Holloway entwickelte in Reaktion auf den zapatistischen Kampf eine Konzeption der Gegenmacht zu den bestehenden staatlichen Institutionen. Dem Fetisch des Eigentums stellen die Zapatisten dabei die Möglichkeiten der Solidarität gegenüber. Es geht um die Verfügung über jene Ressourcen, die benötigt werden, um eine Gesellschaft zu formen und zu verändern. Diese können sich dabei im privaten Besitz befinden, jedoch muss die „Gesellschaft“ die Möglichkeit haben, auf diese zugreifen zu können, wenn sie benötigt werden. Das Auseinanderklaffen zwischen dem Eigentum und der Verfügung wird dabei aber bewusst politisch artikuliert.

Besonders im Bereich der demokratischen Revolutionen in Venezuela und Bolivien gibt es dabei einige Beispiele, wie die soziale Versorgung abseits der strikten staatlichen Organisation erfolgen kann. In beiden Staaten versuchen progressive Regierungen einen fundamentalen Wandel der ökonomischen Verhältnisse herbeizuführen, jedoch erfüllen die staatlichen Bürokratien keine demokratischen Mindestanforderungen. So stellen zum Beispiel Korruption, Eigenwilligkeiten aber auch mangelnde Loyalität gegenüber den demokratisch legitimierten Regierungen Probleme dar. Jedoch existieren in beiden Staaten lange Traditionen sozialer Bewegungen, die sich abseits der offiziellen politischen Parteien konstituiert hatten. So zum Beispiel die Stadtteilräte, kommunale Vereinigungen, ähnlich dem System von Genossenschaften, die die zentrale Form der sozialen Versorgung in den Armenvierteln (Barrio) der venezolanischen Hauptstadt Caracas darstellen. Dabei schlossen sich einzelne BewohnerInnen des Viertels zu Gruppen zusammen und versuchten konkrete Probleme des täglichen Seins zu lösen. So zum Beispiel die Organisation von Müllsammlungen oder die Versorgung des Viertel mit Wasser. Diese Tätigkeiten wurden dabei abseits der direkten Staatsmacht verrichtet, die größtenteils kein Anliegen in der Verbesserungen der sozialen Lage der Armenviertel sah. Diese basisdemokratischen Stadtteilvereinigungen sind

dabei auch die Basis für die sozialreformistische Politik der linken Zentralregierungen, die unter Chavez und Morales die Macht übernommen haben. So wurden zum Beispiel diese Stadtteilvereinigungen zur Basis der sogenannten Sozialprogramme (Misiones) der Regierung (Vgl. Kollektiv Piso 2004, S.125-127). Die staatliche Politik übertrug somit diesen sozialen Bewegungen die zentrale Verantwortung für die staatliche Sozialpolitik. In Bolivien übertrug die Regierung Teile ihrer Alphabetisierungs- und Gesundheitsprogramme auf lokale Komitees, die sich aus den sozialen „Gemeinderäten“ der bolivianischen Indegenas zusammensetzen. (Vgl. Lessmann 2010, S. 208-213)

Wie können sich nun Beispiele aus dem lateinamerikanischen Kontext auf aktuelle Entwicklungen der progressiven Kräfte in Europa oder den entwickelten Industriestaaten auswirken? Zentraler Betrachtungspunkt ist hierbei die Krise des modernen Sozialstaates und die Reaktion der linken darauf. Bisher reagiert die linke nur in 2 Dimensionen: Einerseits stellt sie sich gegen die weitere Privatisierung der sozialen Versorgung, andererseits sollen die Maßnahmen der sozialen Versorgung effizienter gestaltet werden. Unter Effizienz wird dabei meist ein sehr betriebswirtschaftliches Konzept verstanden, also Effizienzsteigerung durch die „Optimierung“ von organisatorischen Abläufen bei der sozialen Versorgung. So sollen öffentliche Unternehmen und Organisationen ihre Kosten senken, indem sie den Arbeitsdruck auf die Beschäftigten steigern. Jedoch zeigt sich, dass immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrückt werden. Sozialstaatliche Versorgung gerät zum Beispiel in Spanien oder Griechenland bei Arbeitslosenraten von über 20% an die Schmerzgrenze. Obwohl der formelle Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besteht, wird dieser Anspruch zunehmend zu einer Fiktion im Vergleich zu dem gesellschaftlichen Elend. Die Möglichkeiten des Sozialstaates werden zunehmend eingeschränkt, besonders wegen der inneren Dynamik der Hegemonie in den Köpfen der EntscheidungsträgerInnen, siehe zum Beispiel das Bekenntnis zum zentralen Ziel des ausgeglichen Staatshaushalt, das auch von progressiven PolitikerInnen abgegeben wird.

Das Kampffeld der sozialen Versorgung durch staatliche Institutionen scheint sich zunehmend zu erschöpfen, jedoch wachsen zunehmend die gesellschaftlichen Felder auf denen ein größeres Maß an Solidarität notwendig wäre. Die progressiven Kräfte müssen sich daher auch wiederum mehr mit der eigenen Vergangenheit beschäftigen, einer Vergangenheit, in der die Linke durchaus verschiedene Denkrichtungen in sich vereinte. Wichtig ist dabei in der Perspektive der AutorInnen, die Betonung des Politischen auch als gesellschaftlicher Kampf, eines gesellschaftlichen Kampfes, der sich auf mehr bezieht als direkte materielle Versorgung, sondern auch die gesellschaftlichen Inklusion betrachtet. Zentraler Moment ist hierbei auch die Erkämpfung der gesellschaftlichen Hegemonie, sowohl im, aber auch abseits des gesellschaftlichen Mainstream. Gelingt es progressiven Kräften nicht, die gesamtgesellschaftliche Hegemonie zu erobern, so müssen konkrete politische Projekte diese ersetzen und so indirekt die gesellschaftliche Hegemonie erobert werden.

Zentraler Ansatz dieser Debatte ist dabei die Möglichkeit der direkten Aktion. Können sozialstaatliche Institutionen die soziale Versorgung nicht mehr leisten, so müssen sie diese durch organisierte Solidarität herbeiführen. Instrumente sind dabei der Linken „altbekannte“ Mittel, wie zum Beispiel Genossenschaften oder Vereinigungen. So könnten zum Beispiel Konsumgenossenschaften der materiellen Versorgung einzelner Kommunen dienen, ebenfalls könnten lokale Projekte der sozialen Versorgung dienen. Gibt es zum Beispiel in einem Gebiet ein mangelndes Angebot an medizinischen Dienstleistungen, so könnten sich die Bewohner zusammenschließen, um einer Person zum Beispiel das Medizinstudium zu finanzieren, im Gegenzug müsste sich diese(r) verpflichten seine Dienstleistungen der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Direkter Vorteil einer Strategie der direkten Aktion ist, dass damit ideologische Elemente der bürgerlichen-neoliberalen Hegemonie umgangen werden können, so bieten zum Beispiel Kooperativen die Möglichkeit Menschen zu beschäftigen, andererseits könnten dadurch Debatten um Lohnkosten (zu Höhe Löhne etc...) umgangen und somit progressive Entwicklungen trotz feindlicher Übermacht vollzogen werden. Was eine progressive Strategie dabei auszeichnet ist keineswegs die Substitution des Sozialstaates durch

Genossenschaften, Versicherungsverbände und Kooperativen, sondern deren logische Verbindung. Dort wo sozialstaatliche Systeme an Kraft verlieren, wo Akteure durch die Hegemonie des neoliberalen Denkens ausgebremst werden, könnte die direkte Aktion einen bedingten sozialen Wandel herbeiführen, jedoch immer in dem Wissen, dass diese Transformation stets ein lokal begrenztes Projekt darstellt. Diese Beschränktheit ist dabei jener Moment, der aus einzelnen Initiativen eine politische Strategie macht. Die Strategie der direkten Aktion ist dabei effektiver in einem lokalen Kontext, das heißt an die örtlichen Bedingungen und Gegebenheiten gebunden.

Die Strategie der direkten Aktion kann dabei als Entwicklung des Subjekts, das sich gegen bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse und Entwicklungen stellt gesehen werden. Im Abschluss des dritten Abschnitts dieser Arbeit wurde abschließend über die Möglichkeiten der Eigenverantwortung gesprochen. In diesem Sinne soll der provokante Titel dieser Arbeit aufgelöst werden. Die Privatisierung bedeutet die Übernahme der Verfügungsmacht über Institutionen der sozialen Versorgung, das bewusste politische Sein, ohne die Einschaltung direkter Instanzen, die für die einzelnen Akteure Entscheidungen treffen. Die sozialliberale Philosophin Hannah Arendt beschrieb in ihren Werken ein „aktives“ politisches Leben als Voraussetzung des gesellschaftlichen Fortschritts (*vita activa*). Darunter versteht sie die subjektive Verantwortung für die Entwicklung der politischen Landschaft, sie beschwört dabei das Bild der griechischen Agora. Jenes Treffpunktes, an dem sich die wahlberechtigten Bürger der Stadt trafen um die politischen Entscheidungen des Stadtstaates zu treffen. Wichtig ist dabei die politische Debatte, die die einzelnen Bürger durch den Streit verbindet. Es geht dabei um die Wahrnehmung der politischen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und deren Entwicklung. Arendts zentrale Anforderung ist dabei immer: der/die einzelne muss die Verantwortung übernehmen, oder er darf sich nicht über die gesellschaftlichen Zustände beklagen.

Die Privatisierung der Politik bedeutet die bewusste Entscheidung und deren Bedeutung für die gesellschaftliche Transformation. Damit wird die Verfügungsmacht über die gesellschaftlichen Institutionen zum zentralen Kampffeld sozialer Konflikte. Dafür muss jedoch jede(r) die Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklungen übernehmen. Die direkte Aktion, die sich aus der „Privatisierung“ der Politik ergibt, stellt dabei den Versuch der bewussten gesellschaftlichen Transformation dar. Zentrales Element ist hierbei die Eigenverantwortung, die es erlaubt die Verfügungsmacht über die gesellschaftlichen Institutionen zu übernehmen. Karl Marx findet in seinem Versuch den Kommunismus zu definieren, eine markante Wortwahl welcher die Wichtigkeit der subjektiven Eigenverantwortung für die Entwicklung der konkreten Utopie betont:

„Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“
Karl Marx (1875): Kritik des Gothaer Programm

Literaturverzeichnis

Anthony Giddens (2001): „Die Fragen der sozialen Ungleichheit.“, Suhrkamp, Frankfurt am Main

Eduard Bernstein(2008): „Die Arbeiterbewegung“, Metropolis Verlag, Maburg

Edeltraud Felfe(2008): „Das schwedische Modell-Wohlfahrtsstaat als Zukunftsprojekt“, GNN Verlag, Berlin

Eurostat (2012): „Arbeitslosenquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit“
<http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/setupModifyTableLayout.do>
Zugriff 16.9.12

Gerhard Ritter (1991): „Der Sozialstaat-Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, Verlag Oldenburg, 2. Auflage, Münster

John Holloway(2006): „Die Welt verändern ohne die Macht zu Übernehmen“, Westfälisches Dampfboot, 3. Auflage, Münster

Karl Marx (2002): „Das Kapital“, Verlag Velomedia, 1. Auflage, Berlin

Karl Marx (1985): „Kritik des Gothaer Programms“, Marx-Engels Werke 19, Dietz Verlag Berlin

Kollektiv PISO (2004): „Venezuela.Welcome to our revolution-Innenansicht des boliverianischen Prozesses“, Gegen den Strom, München

Kurt Sontheimer (2005): Hannah Arendt, Piper Verlag, München

O. Jenssen (1929): „Der Kampf um die Staatsmacht - Was lehrt uns Linz?“, E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin

Robert Lessmann (2010): „Das neue Bolivien - Evo Morales und seine demokratische Revolution“, Rotbuchverlag, Zürich

Robert Misik (2012): „Halbe Freiheit - Warum Freiheit und Gleichheit zusammengehören“ Suhrkamp Verlag, Berlin